

**Parlamentarischer Vorstoss****wird durch System eingesetzt**

---

Geschäftstyp:	Postulat
Titel:	<b>Aufnahme von Bootsflüchtlingen</b>
Urheber/in:	Simone Abt
Zuständig:	Sprecher/in bei Fraktionsvorstoss, Kommissionspräsidium bei Kommissionsvorstoss, sonst leer lassen
Mitunterzeichnet von:	wird durch LKA ergänzt  Mitunterzeichner/innen unterschreiben wie bisher auf dem Original bzw. auf der dem Originalvorstoss angehängten Liste.
Eingereicht am:	26. September 2019
Dringlichkeit:	--

---

*((Abschnittswechsel nicht löschen))*

**Antrag**

Der Regierungsrat wird gebeten zu prüfen, wie an europäischen Häfen ankommende Geflüchtete im Kanton Basel-Landschaft aufgenommen werden können. Insbesondere soll der Regierungsrat beim Bund darauf hinwirken, dass sich die Schweiz an einer europäischen Verteilquote beteiligt und dem Bund ein Angebot zur Aufnahme eines seiner Bevölkerungsdichte entsprechenden Teils des schweizerischen Kontingents im Kanton Basel-Landschaft unterbreiten.

**Begründung:**

Die Zahlen der Asylgesuche in der Schweiz sind stark rückläufig. So wurden im Jahr 2018 knapp über 15'000 neue Asylgesuche gestellt, was dem tiefsten Wert seit über zehn Jahren entspricht. Im Jahr 2019 sind die Zahlen weiterhin rückläufig. Und dies, während weltweit Millionen von Menschen auf der Flucht sind. An den Grenzen Europas riskieren täglich Menschen ihr Leben, um in Europa ein Asylgesuch stellen zu können. Gemäss der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte hat jeder Mensch das Recht ein Asylgesuch zu stellen.

Seit Anfang 2019 sind laut UNHCR bereits hunderte Menschen bei der Flucht über das Mittelmeer ertrunken – die Dunkelziffer dürfte weit höher sein. Aus diesen Gründen versuchen NGOs mit Bootseinsätzen auf dem Mittelmeer zu übernehmen, was eigentlich die Pflicht jedes Staates wäre – Menschen in Seenot zu retten. Diverse europäische Regierungen behindern die Arbeit dieser NGOs und suchen zu verhindern, dass die Schiffe mit geretteten Menschen in den europäischen Häfen

---

ankommen. Zahlreiche von NGOs gesteuerte Schiffe mussten 2019 bereits, zum Teil wochenlang, auf dem Mittelmeer verharren, weil sie keine Erlaubnis erhielten, an europäischen Häfen einzufahren - mit geflüchteten Menschen an Bord, von denen einige unter prekären Gesundheitsbedingungen litten.

Es ist nachvollziehbar, dass Länder wie Italien oder Malta nicht allein die Verantwortung für die Aufnahme und Unterbringung der geflüchteten Menschen tragen können. Aus diesen Gründen diskutiert Europa derzeit fixe Quoten zur Verteilung der aus dem Mittelmeer Geretteten. So hat der deutsche Innenminister angekündigt, 25% der Bootsflüchtlinge aus Italien aufzunehmen. Auch andere Länder haben angekündigt, sich an Verteilquoten zu beteiligen.

Während zahlreiche Menschen im Mittelmeer ertrinken oder nach ihrer Rettung wochenlang auf Schiffen verharren, werden in der Schweiz mangels Asylgesuchen Asylunterkünfte geschlossen. Die Schweiz verfügt über die Infrastruktur und die Möglichkeiten, sich an der Aufnahme der in den europäischen Häfen ankommenden Geflüchteten zu beteiligen. Dafür benötigt die Schweiz aber auch Kantone und Gemeinden, die bereit sind, diese Personen unterzubringen. Der Kanton Basel-Landschaft soll mit gutem Beispiel voran gehen und sich nicht nur für eine Aufnahme dieser Menschen in der Schweiz einsetzen, sondern auch Hand zur deren Unterbringung bieten. Indem sich der Kanton an der Rettung dieser Menschen beteiligt sicherstellt, dass diese ihr in der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte garantiertes Recht auf Einreichung eines Asylgesuchs wahrnehmen können, leistet er auch einen Beitrag zur Unterstützung der primären Ankunftsländer der geflüchteten Menschen.

Binningen, 26.09.2019